Stadtplanungsamt (61-3)

B e g r ü n d u n g

zum Bebauungsplanentwurf Nr. 4.10/17 für den Bereich zwischen Gladbecker Straße, Blücherstraße, der Straße An der Berufsschule und den südlichen Grenzen der Flurstücke 99, 100 und 38 in Flur 44

Die Städtischen Berufs-, Berufsfach- und Fachoberschulen in Bottrop müssen wegen der Abgängigkeit z.Z. genutzter Schulgebäude und der nach den Planungszielwerten des Bildungsgesamtplanes angestrebten Reformen für die Sekundarstufe II unbedingt erweitert werden. Das vorhandene städtische Grundstück (Berufsschule) soll durch Erwerb weiterer Grundstücksflächen vergrößert und als Fläche für den Gemeinbedarf ausgewiesen werden.

Die vorhandene Wohnbebauung der Straße An der Berufsschule Nr. 12 und 16 wird nicht verändert.

Die Versorgung des Bereiches mit Wasser, Strom und Gas sowie Entwässerung ist gesichert.

Der Planbereich liegt innerhalb des öffentlichen Verkehrsnetzes und ist mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu erreichen.

Die Realisierung des Bebauungsplanes mit der beabsichtigten Erweiterung des Schulkomplexes trägt aufgrund des Standortes wesentlich zur Stärkung der Zentralität des Siedlungsschwerpunktes bei.

Zur Durchführung der bodenordnerischen Maßnahmen wurde die Umlegung angeordnet.

Von der notwendigen Erweiterung der Städtischen Berufs-, Berufsfach- und Fachoberschulen werden entlang der Gladbecker Straße und der Blücherstraße eine Anzahl Wohngebäude und zwei Handwerksbetriebe (Friseurbetriebe) betroffen.

Die Stadt ist bemüht - im beidseitigen Einverständnis - die beiden Handwerksbetriebe umzusetzen und den betroffenen Bewohnern angemessenen Wohnraum zu vermitteln, so daß bei der Verwirklichung des Bebauungsplanes nachteilige Auswirkungen auf die Betroffenen im wirtschaftlichen und sozialen Bereich vermieden werden.

Die Kosten zur Verwirklichung des Bebauungsplanes werden auf DM 1.350.000,-- geschätzt. In der Summe sind Kosten für Hochbaumaßnahmen nicht enthalten. Für die Finanzierung der von der Stadt zu tragenden Kosten sind im Haushaltsplan 1978 Mittel bereitgestellt bzw. für die folgenden Jahre im langfristigen Investitionsprogramm berücksichtigt.

Nach § 3 des Neugliederungsschlußgesetzes vom 26. 11. 1974 galten die Flächennutzungspläne zusammengeschlossener Gemeinden längstens bis zum 31. 12. 1977.

Der Rat der Stadt Bottrop hat in seiner Sitzung am 27. 1. 1977 die Aufstellung eines Flächennutzungsplanes für das Gebiet der neuen Stadt beschlossen, für den die wesentlichen Grundlagen erarbeitet worden sind.

Die geplante Erweiterung der Städtischen Berufs-, Berufsfach- und Fachoberschulen ist aufgrund der Zusammenlegung der ehemaligen Gemeinden Bottrop und Kirchhellen und des daraus resultierenden Schülerzuwachses unbedingt notwendig.

Die Haushaltslage der Stadt läßt eine eigene Finanzierung des Vorhabens nicht zu. Die Erweiterung soll im Rahmen des Programms des Bundes "Investitionen zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze im Rahmen des Stufenplanes zu Schwerpunkten der beruflichen Bildung" gefördert werden. Da die Bewilligung der Zuschüsse von der Vorlage eines Bebauungsplanes abhängig gemacht wird, ist die Aufstellung dieses Planes zwingend erforderlich.